

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Hansjörg Schäfer, Lydia Westrich, Gerd Andres, Doris Barnett, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Peter Dreßen, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Anke Fuchs (Köln), Günter Gloser, Klaus Hagemann, Klaus Hasenfratz, Rolf Hempelmann, Dr. Barbara Hendricks, Monika Heubaum, Lothar Ibrügger, Jann-Peter Janssen, Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Nicolette Kressl, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Dr. Elke Leonhard, Heide Mattischeck, Ursula Mogg, Günther Oesinghaus, Adolf Ostertag, Georg Pfannenstein, Dr. Eckhart Pick, Karin Rehbock-Zureich, Renate Rennebach, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. Emil Schnell, Reinhard Schultz (Everswinkel), Lisa Seuster, Horst Sielaff, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Jörg-Otto Spiller, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Margitta Terborg, Adelheid Tröscher, Hans Georg Wagner, Hans Wallow, Wolfgang Weiermann, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Berthold Wittich, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Auswirkungen des Truppenabbaus bei den alliierten Streitkräften und des Verkaufs von nicht benötigten militärischen Liegenschaften auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen

Mehrere Bundesländer sind vom Truppenabbau und der Aufgabe militärischer Einrichtungen und Anlagen in verstärktem Maße betroffen. Dieser Truppenabzug hat in vielen Regionen zu wirtschaftlichen Einbußen und sozialen Auswirkungen geführt. Der Bund hat sich trotz seiner ausschließlichen Zuständigkeit für die Verteidigung bisher seiner Verantwortung beim Truppenabbau entzogen. Der Truppenabbau und die damit einhergehende Umwandlung von militärischen in zivile Strukturen stellen die betroffenen Länder und Kommunen vor große strukturelle und finanzielle Herausforderungen. Die Bewältigung der strukturellen Folgen des Truppenabbaus sowie die Entscheidungen, was mit den freiwerdenden Liegenschaften geschehen soll, ist in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe des Bundes, der Länder und Kommunen. Angesichts vielfältiger, durch die Konversion verursachten Aufgaben und Probleme, besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. *Ist-Stand*

- 1.1 Wie viele deutsche Zivilbeschäftigte sind z. Z. bei den Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt (Stand: 30. April 1996)?
- 1.2 Wie viele deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihren Arbeitsplatz bei den alliierten Streitkräften seit dem 1. Januar 1995 verloren?
- 1.3 Wie viele deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden bis Ende 1996/97 ihren Arbeitsplatz verlieren?
- 1.4 Welche Standorte werden bis Ende 1997 von Schließung oder massiven Arbeitsplatzreduzierungen betroffen sein?
- 1.5 Welche militärischen Liegenschaften stehen bis Ende 1997 zum Verkauf an?
- 1.6 Wie hoch wird der voraussichtliche Erlös geschätzt?
- 1.7 Wie haben sich die Truppenreduzierungen bei den Stationierungsstreitkräften in den betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten auf folgende Bereiche ausgewirkt (bitte möglichst differenzierte Zahlen und Angaben):
 - Arbeitslosenzahl,
 - Betriebsinsolvenzen,
 - Kaufkraft,
 - Steigerung der Sozialhilfe der betroffenen kommunalen Gliederungen?

2. *Informationspolitik*

- 2.1 Was unternimmt die Bundesregierung, damit die alliierten Streitkräfte ihre bisherige Informationspolitik der späten Information über die Freigabe von Liegenschaften, Standortveränderungen und Entlassungen von deutschen Beschäftigten ändern?
- 2.2 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für ein zukünftig unbürokratisches und wirksames Informations- und Abstimmungssystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden?

3. *Veräußerungspraxis*

- 3.1 Warum weigert sich die Bundesregierung, dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten, das Bundeshaushaltsgesetz mit dem Ziel zu ändern, daß bei der Veräußerung freiwerdender Militärliegenschaften strukturpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden können?
- 3.2 Warum ändert der Bund nicht seine Veräußerungspraxis, die sich derzeit ausschließlich nach fiskalischen Gesichtspunkten orientiert, und bietet die freiwerdenden Liegenschaften zu

deutlich günstigeren Konditionen Ländern und Kommunen an?

- 3.3 Was beabsichtigt die Bundesregierung, mit Grundstücken zu tun, die während der Höchstförderung nicht verkauft werden konnten?
- 3.4 Beabsichtigt die Bundesregierung, die degressive Staffelung für die dann nicht verkauften Grundstücke wieder zurückzunehmen?
- 3.5 Warum verschließt sich die Bundesregierung nach wie vor, den für eine gewerbliche oder industrielle Nutzung vorgesehenen Preisnachlaß, der bisher nur für die neuen Länder galt, nicht dort wie vorgesehen abzuschaffen, sondern bundeseinheitlich auf alle Liegenschaften in strukturschwachen Regionen auszudehnen?
- 3.6 Welche verwaltungstechnischen Vereinfachungen sieht die Bundesregierung, um bei der Veräußerung ehemals militärisch genutzter Flächen das Veräußerungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen?
- 3.7 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, beim Verkauf ehemals militärisch genutzter Flächen die strukturpolitischen Bedingungen der betroffenen Landkreise und Kommunen bei der Preisfindung zu berücksichtigen?
- 3.8 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, beim Verkauf militärischer Flächen die Kaufpreisermittlung zu vereinfachen?
- 3.9 Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, den Verbilligungserlaß bei der Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnraum mit der Maßgabe zu ändern, daß der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert, die Praxis der Kaufpreisermittlung vereinfacht und die Förderung auch auf die Schaffung von Eigentumswohnungen ausgedehnt wird?

4. *Altlastenproblematik*

- 4.1 Welche Altlastuntersuchungen gedenkt die Bundesregierung, zukünftig im Interesse einer schnellen Verwertung von militärischen Liegenschaften zu veranlassen, damit sich die Kommunen und potentielle Investoren besser und schneller darauf einstellen können?
- 4.2 Warum weigert sich die Bundesregierung, dem Erwerber einer Liegenschaft ein Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag einzuräumen, wenn nachträglich Altlastenprobleme in großem Umfang sichtbar werden?
- 4.3 In welchen begründeten Ausnahmefällen sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die 10%ige Beteiligung eines Erwerbers einer Liegenschaft an den Sanierungskosten zu streichen?

5. *Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und soziale Sicherung*

- 5.1 Welchen Einfluß nimmt die Bundesregierung auf die alliierten Streitkräfte, daß der Arbeitsplatzverlust deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht noch dadurch verstärkt wird, daß deutsche Beschäftigte durch amerikanische ersetzt werden?
- 5.2 Drängt die Bundesregierung bei den alliierten Streitkräften darauf, daß das Zusatzabkommen des Artikels 73 des NATO-Truppenstatuts restriktiv ausgelegt wird, und wie will sie dies kontrollieren?
- 5.3 Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Mißbrauch des Artikels 73 zu unterbinden?
- 5.4 Welchen Weg geht die Bundesregierung, um mit den alliierten Stationierungstreitkräften weiterhin über die noch fehlende Mitbestimmung für die deutschen Zivilbeschäftigten nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz zu verhandeln?
- 5.5 Wie sieht die Bundesregierung die Erfolgsaussichten?
- 5.6 Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, damit Zivilbeschäftigte, die im Zuge von Rationalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz verlieren, unter Leistungen des „Tarifvertrags soziale Sicherung“ fallen?

6. *Konkurrenzfähigkeit deutscher Kontraktfirmen*

- 6.1 Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl der sog. ausländischen Vertragsfirmen bei den alliierten Streitkräften?
- 6.2 Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die ausländischen Vertragsfirmen ausschließlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, die dem zivilen Troß zuzuordnen sind, aber nicht die Bedingungen des Artikels 73 des NATO-Truppenstatuts erfüllen?
- 6.3 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die dadurch entstandenen Wettbewerbsnachteile für deutsche Kontraktfirmen auszugleichen?
- 6.4 Welche Möglichkeiten der Unterstützung durch die Bundesanstalt für Arbeit sieht die Bundesregierung für deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bei den Stationierungstreitkräften entlassen werden, damit sie aufgrund dieser Unterstützung bei deutschen Kontraktfirmen eingestellt werden können?
- 6.5 Wie können nach Ansicht der Bundesregierung bei den Streitkräften erworbene Qualifikationen, z. B. Führerscheine, Sanitätsausbildungen etc., für deutsche Beschäftigungsverhältnisse anerkannt oder genutzt werden?

7. Strukturhilfe für Konversionsgebiete

- 7.1 Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den durch Truppenabbau betroffenen Regionen Strukturhilfen zu gewähren?
- 7.2 In welcher Form will der Bund seiner verfassungsmäßigen Verantwortung und ausschließlichen Zuständigkeit für die Verteidigung den betroffenen Länder gerecht werden?

Bonn, den 22. Mai 1996

Dr. Hansjörg Schäfer

Lydia Westrich

Gerd Andres

Doris Barnett

Hans Büttner (Ingolstadt)

Edelgard Bulmahn

Peter Dreßen

Ludwig Eich

Lothar Fischer (Homburg)

Anke Fuchs (Köln)

Günter Gloser

Klaus Hagemann

Klaus Hasenfratz

Rolf Hempelmann

Dr. Barbara Hendricks

Monika Heubaum

Lothar Ibrügger

Jann-Peter Janssen

Susanne Kastner

Fritz Rudolf Körper

Nicolette Kressl

Walter Kolbow

Horst Kubatschka

Eckart Kuhlwein

Dr. Elke Leonhard

Heide Mattischeck

Ursula Mogg

Günter Oesinghaus

Adolf Ostertag

Georg Pfannenstein

Dr. Eckhart Pick

Karin Rehbock-Zureich

Renate Rennebach

Dagmar Schmidt (Meschede)

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

Heinz Schmitt (Berg)

Dr. Emil Schnell

Reinhard Schultz (Everswinkel)

Lisa Seuster

Horst Sielaff

Wieland Sorge

Wolfgang Spanier

Jörg-Otto Spiller

Antje-Marie Steen

Dr. Peter Struck

Dr. Bodo Teichmann

Margitta Terborg

Adelheid Tröscher

Hans-Georg Wagner

Hans Wallow

Wolfgang Weiermann

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Berthold Wittich

Rudolf Scharping und Fraktion

